

Ursachen bekämpfen statt populistischer Politik

Diana Golze zur Absicht von Minister Schönbohm, das Thema Jugendkriminalität auf die Tagesordnung der Innenministerkonferenz zu setzen

Es ist das alte Lied: Reaktion statt Prävention, Wegsperrern statt Helfen. Kriminologen können nachweisen, dass Erziehungscamps und noch härtere Strafen keine Lösung gegen jugendliche Gewaltdelikte darstellen. Doch es ist Wahlkampf und da interessiert es offenbar nicht, dass die Politiker mit den härtesten Forderungen gleichzeitig in den letzten Jahren Personal und Mittel in der Jugendhilfe, bei Justizangestellten, Bewährungshelfern und dem Strafvollzug eingespart haben.

Indessen sammeln sich in den Jugendhaftanstalten und „PädCamps“ die Folgen von Armut, gesellschaftlicher Ausgrenzung und Jugendarbeitslosigkeit, wofür die Bundesregierung verantwortlich ist. Wer das ändern will, muss die Ursachen bekämpfen, nicht die straffälligen Jugendlichen. Wenn er keine Resozialisierung bewirkt, führt ein Gefängnisaufenthalt eher zu einer weiteren Kriminalisierung jugendlicher Straftäter. Die Anhebung der Höchststrafe für Jugendliche von 10 auf 15 Jahre Haft würde die Betroffenen nur 5 Jahre länger hinter Gitter schicken, eine Resozialisierung aber nur noch mehr erschweren. Auch eine Einweisung in sogenannte Päd-Camps wird die bestehenden Probleme nicht lösen. Die Bundesregierung setzt ein völlig falsches Zeichen. Das ist populistische Politik auf Kosten Jugendlicher.

Im Interesse einer wirksamen Prävention von Jugendkriminalität sollten die Mittel für Jugend- und Familienhilfen nicht dauernd gekürzt werden. Vielmehr sollten leicht erreichbare und für jeden zugängliche Angebote in der Kinder- und Jugendsozialarbeit ausgebaut, sozial benachteiligte Kinder durch eine Kinder-Grundsicherung aus der Armut befreit und ein Rechtsanspruch auf gebührenfreie Ganztagsbetreuung und Ganztagschulen mit gleichen Bil-

dungschancen für alle eingeführt werden. Eine Ausbildungsplatzumlage und eine ausreichende Zahl existenzsichernder Arbeitsplätze könnten vielen Jugendlichen wieder eine Perspektive geben und verhindern, dass sie hinter Gittern landen.



Inhalt

- 2 Viele Tote 2007 und keiner merkt es
- 3 Linksruck geht weiter
- 4 LINKE schlagen Leitlinien für Integrationspolitik vor
- 5 Die Rente darf nicht zum Sozialfall werden!
- 5 Das Risiko ist sehr groß
- 6 Hinter die Kulissen schauen!
- 6 Kein echter Grund zur Freude
- 7 Mehr Bürgerbeteiligung wird Demokratie stärken
- 8 Termine

Die Rente darf nicht zum Sozialfall werden!

Immer wieder wenden sich Bürgerinnen und Bürger mit Rentenproblemen und Fragen zum Rentenrecht an meine Wahlkreisbüros. Auch im 17. Jahr der Deutschen Einheit gibt es immer noch zahlreiche Ungerechtigkeiten bei der Rente. Insbesondere die Ungleichbehandlung von Rentnerinnen und Rentnern aus den alten und neuen Bundesländern stößt bei vielen Betroffenen aus Ostdeutschland auf Unverständnis. Sie fühlen sich als Rentner zweiter Klasse und sind erbost darüber, dass die Bundesregierung bei der Überwindung der Rentenungerechtigkeit offensichtlich auf die „biologische Lösung“ setzt.

Aber auch künftige Rentnergenerationen haben aufgrund der falschen Rentenpolitik der rot-grünen und jetzigen schwarz-roten Bundesregierung nichts Gutes zu erwarten. Das geht aus der kürzlich veröffentlichten Studie „Altersversorgung in Deutschland“ hervor, die von der Deutschen Rentenversicherung Bund und dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales in Auftrag gegeben wurde. So ist eine große Zahl von Menschen, die heute zu Niedriglöhnen arbeiten müssen bzw. von Hartz IV betroffen sind, von Altersarmut bedroht. Die geplante Heraufsetzung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre ist das vorerst letzte Glied in einer langen Kette sozialpolitischer Fehlentscheidungen, mit denen das Rentenniveau sukzessive abgesenkt wird. Die wiederholten Aufforderungen aus Regierungskreisen, die gesetzliche Rente mit der privaten bzw. betrieblichen Altersvorsorge zu ergänzen, müssen insbesondere in den Ohren der Beschäftigten im Niedriglohn-Bereich zynisch klingen. Oftmals haben die Betroffenen nicht einmal genug Geld, um die laufenden Ausgaben zum Lebensunterhalt zu bestreiten, geschweige denn um privat fürs Alter

Vorsorge zu treffen.

Dass das Wirken einer Oppositionspartei nicht erfolglos ist, hat der Protest gegen die geplante Zwangsverrentung von älteren Arbeitslosen gezeigt. Die Linksfraktion im Bundestag hat mit parlamentarischem Druck dazu beigetragen, dass die Bundesregierung sich inzwischen auf einen Schutz vor Zwangsverrentungen bis zum 63. Lebensjahr geeinigt hat. Damit ist ein Teilerfolg errungen, denn ursprünglich sollten nach Auslaufen der so genannten 58-er Regelung ab 2008 alle Arbeitslosengeld-II-Empfänger ab Vollendung des 58. Lebensjahres zwangsverrentet werden. Dies hätte Rentenabschläge von bis zu 18 Prozent für die Betroffenen zur Folge gehabt. Und das bis an ihr Lebensende! Die jetzt von der Bundesregierung gefundene Teillösung kann für die Linksfraktion nur ein erster Schritt zur generellen Abwendung von Zwangsverrentungen sein. Auch die drohende Zwangsverrentung ab dem 63. Lebensjahr ist nicht akzeptabel!

Um Rentenungerechtigkeiten zwischen Ost und West sowie drohende Altersarmut zu verhindern, hat die Fraktion DIE LINKE ein Rentenfortprogramm mit einem Antragspaket in den Bundestag eingebracht. Dazu gehören u.a. die Forderungen nach Angleichung des Rentenwertes Ost an den Rentenwert West, die Gleichbehandlung der Bergleute der Braunkohleveredlung in der DDR entsprechend dem Montanuniongesetz der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, die Beseitigung von Rentennachteilen für Pflegezeiten von Angehörigen in der DDR sowie 17 Einzelanträge zur Rentenüberleitung.

Auch in der Rentenpolitik gibt es eine soziale Alternative zur derzeitigen Bundesregierung. Dafür steht DIE LINKE im Bundestag!
Diana Golze

Das Risiko ist sehr groß

Liebe Leser, würden Sie sich ein Haus bauen lassen ohne bestimmen zu können, wie es aussieht, ohne festen Vertrag mit dem Baubetrieb, ja selbst ohne die richtige Baugenehmigung?

Der normale Brandenburger ließe die Finger von einem solchen zweifelhaften Vorhaben. Und das auch deshalb, weil im Fernsehen immer wieder vor Gutgläubigkeit und zuviel unbegründetem Vertrauen gewarnt wird. Die Mehrheit unserer Stadtverordneten hat dazu eine andere Meinung, wie bei der

Abstimmung über das Annen-Center bewiesen wurde. Über das Für und Wider nach den gegenwärtigen Bedingungen wurde schon vieles gesagt und geschrieben. Eine wichtige Schlussfolgerung aber wäre Folgendes: Die leitenden Mitarbeiter des Bauamts müssten einen Qualifizierungslehrgang auf hohem Niveau absolvieren und die Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung ist sehr veränderungsbedürftig.

Edith Altenkirch